

© **Basler Zeitung**; 2003-10-24; Seite 38a

Laufental

Im Goetheanum fällt Entscheidung

Im Goetheanum forciert der Vorstand die umstrittene Neugestaltung der Anthroposophischen Gesellschaft. Die Kritiker schlagen Alarm, da der Rechtsstreit um die Fusion noch längst nicht abgeschlossen ist.

Dornach. rock. In fernen Ländern hätten manche Mitglieder kein Verständnis für den «verschlungenen Gedankenprozess», der sich ums Goetheanum rankt, heisst es im Nachrichtenblatt der Anthroposophischen Gesellschaft. Die Unsicherheit ist verständlich. Bei all den Irrungen und Wirrungen mit Klagen, Beschwerden und einstweiligen Verfügungen hat selbst der Vorstand Mühe, Kurs zu halten.

Ende Mai liess er verlauten, es sei fraglich, ob er die umstrittene Fusion der beiden Gesellschaften im Umkreis des Goetheanums in die Wege leite, solange die rechtlichen Fragen noch nicht geklärt seien. Anfang September teilte er dann mit, er prüfe nun doch, das belastende Thema bei der Generalversammlung vom November auf die Traktandenliste zu hieven. Einige Tage später hat er den komplexen Fusionsvertrag unterzeichnet. Danach informierte er die Anthroposophen in aller Welt darüber, dass ihnen das Vertragswerk an der Versammlung vom 15. und 16. November vorgelegt werde. Dieses Vorgehen trägt dem Vorstand nun prompt den Vorwurf ein, mit den Mitgliedern und der Öffentlichkeit ein falsches Spiel zu treiben. Der Vertrag sei ebenso wie die ausserordentliche Generalversammlung offensichtlich von langer Hand vorbereitet, ärgert sich der Christian-Morgenstern-Zweig in einer Stellungnahme. Seine Folgerung: Der Vorstand hat seinen Beschluss, die Fusion im November von der Generalversammlung absegnen zu lassen, während Monaten verschleiert. Vorstandsmitglied Paul Mackay weist die Vorwürfe zurück. Die Absicht zu fusionieren habe der Vorstand bereits letztes Jahr geäussert. Durch die Klagen sei der Fahrplan dann aber durcheinandergewirbelt worden. Der Vorstand sei immer wieder gezwungen gewesen, sich neu zu orientieren. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, zu dem die Mitglieder einen

Grundsatzentscheid fällen müssen. Danach wisse der Vorstand, woran er sei.

«Höchst problematisch»

«Höchst problematisch» ist die Taktik, die Fusion zu forcieren, in den Augen des Christian-Morgenstern-Zweigs, der wegen seines «agitativen Verhaltens» bereits vor Jahren aus der Anthroposophischen Gesellschaft in der Schweiz ausgeschlossen worden war. Die Mitglieder würden gezwungen, einen Entscheid zu fällen, obwohl die Rechtsgrundlage fehle, lautet die Kritik. Denn noch haben die Richter nicht gesagt, ob die Fusion rechtens ist. Eine der vier hängigen Klagen gegen das Vorgehen des Vorstandes beurteilt das Amtsgericht Dorneck-Thierstein Anfang Februar.

Und danach dürfte der Fall auch noch weitere Gerichte beschäftigen. Schon das juristische Vorgeplänkel endete erst vor dem Bundesgericht. Jetzt befürchten die Opponenten, der Vorstand schaffe Fakten, um das unter Umständen langwierige Gerichtsverfahren auszuhebeln.

Zankapfel ist die Fusion. Sie sei nötig, um eine klare gesellschaftliche Identität zu schaffen, betont der Vorstand. Vor 80 Jahren hatten Rudolf Steiner und seine Weggenossen es versäumt, den Status der verschiedenen Körperschaften im Umkreis des Goetheanums klar festzulegen. Angeblich um diese Unsicherheiten aus der Welt zu schaffen, liess der Vorstand Ende letzten Jahres die Weihnachtstagung Rudolf Steiners von 1923 reaktivieren. Nun soll die Allgemeine **Anthroposophische** Gesellschaft in ihr aufgehen: In der Novemberversammlung steht die Fusion zwischen der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft und der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft (Weihnachtstagung) auf dem Programm.

Vorstand fordert Ermächtigung

Dabei entstehe eine Einheit, die das Goetheanum als Freie Hochschule für Geisteswissenschaft, die **Anthroposophische** Weltgesellschaft mit ihren Gruppen und die Verwaltung umfasst, wirbt der Vorstand. Wann die Fusion vollzogen wird, will er selbst entscheiden. Dazu soll ihn die Versammlung ermächtigen. Die Mitglieder seien es langsam leid, immer und immer wieder mit dem Thema behelligt zu werden, begründet Mackay den Antrag. Die Opponenten warnen allerdings davor, dem Vorstand eine «carte blanche» auszustellen. Die starken Männer und Frauen im Goetheanum versuchten die Fusion zu nutzen, um die Mitsprache der Mitglieder einzuschränken und eine autoritäre «Funktionärsgesellschaft» einzuführen, sagen sie.
